

Deutsches Reich.
Salle a. S. 20. Februar.

Prinz Heinrich

zu dem Oberbürgermeister von Kiel ein Schreiben gelangt, in dem er mit kühnem Herzen für die ihm gebundene überaus warme Bestätigung aller Schichten der Bevölkerung Kiels dankt und Allen versichert, daß er eingebend des alten Spruches 'Freue um Treue' die ersehnten Kundgebungen dieser Tage niemals entgegen werde.

Der Minister Dr. v. Miquel ist von seiner Erklärung überaus erfreut, so daß er am Sonnabend Nachmittag eine Audienz unternehmen konnte, die ihm gut bekommen ist. Er hat die Befürchtung wieder aufgenommen.

Das Festreden des am Sonnabend erschienenen Staatssekretärs des Innern hat sich sowohl befriedigt, daß er am festlichen Tage ein einziges Wort zu den Redatoren gehalten hat.

Der Kultusminister Dr. Stubt hat gestern das Unglück, in dem Zimmer des Abgeordnetenhauses, in dem die Budgetkommission zur Beratung des Staatshaushalts tagte, auszuscheiden. Der Kultusminister hat sich durch seinen Fall einen Bruch des rechten Schultergelenks zugezogen.

Kapitalanlagen der Lebensversicherungsanstalten.

In der Februar-Nummer der 'Allgemeinen Nachrichten vom Reichserziehungsamt' veröffentlichte Zusammenstellung von Kapitalanlagen der Anstalten der Lebensversicherungsanstalten für gemeinnützige Zwecke läßt wiederum eine erfreuliche Zunahme derartiger Anlagen erkennen. Nicht weniger als rund 133 Millionen Mark sind danach bis jetzt von den Versicherungsanstalten zur Förderung gemeinnütziger Zwecke verwendet worden, und zwar beträgt der Zuwachs im Jahre 1899 allein über 43 Millionen Mark gegen 35 Millionen Mark im Jahre 1898.

Von der Gesamtsumme entfallen auf den Bau von Arbeiterwohnhäusern 32 Millionen Mark, auf die Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses (Kornleihen, Kleinbahnen, Land- und Wegebesserungen, Besetzung der Viehzucht, Förderung der Futtermittelzucht) 45 Millionen Mark und auf den Bau von Krankenhäusern und Genußgenießhäusern, Volkshilfsanstalten, Schulen, Arbeiterkolonien, Waisenhäusern, Blindenheimen, Klein-Kinderheimen, auf Straßenbauten, Wasserleitungsanlagen sowie auf Spar- und Konsumvereine und andere ähnliche Wohlfahrtsanstalten 56 Millionen Mark. Den landwirtschaftlichen Kredit bedürfnisse kommen, so meldet die amtliche Berichterstattung, zur letzteren Summe rund 10 Millionen zu, wobei etwa 55 Millionen Mark im Interesse der ländlichen Bevölkerung angelegt worden sind.

Der Zentralvorstand der national-liberalen Partei

am nächsten Sonntag Vormittag 11 Uhr im Reichstagsgebäude in Berlin zusammen, um den statutemäßigen Jahresbericht des geschäftsführenden Ausschusses entgegenzunehmen und die politische Lage zu besprechen. Nach der Sitzung findet ein gemeinsames Mittagessen im Reichstag statt.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Verständigungskonferenzen.
In der gestrigen Sitzung der Verständigungskonferenzen beendeten die Vertrauensmänner während der Erörterung über die Annäherung der beiden Landesparlamente in jüngem Dienstvertritte der Staatskassen in Wägen. In den wesentlichen Punkten wurde eine übereinstimmende Erklärung abgegeben, welche die Grundzüge des von beiden Seiten Abänderungs- und Organisationsentwurfes festsetzt.

Frankreich.

Der Staatsgerichtshof
begannt gestern die Verhandlung gegen Marcel Sabert. Es herrscht geringer Andrang. Nur die Senatoren, die an dem ersten Vorrecht Teil genommen haben, sind zugegen, als der Angeklagte hereingeführt wird. Der Staatsgerichtshof entscheidet nach langer Beratung in gleicher Sitzung dahin, daß die am 28. Januar unterzeichneten Senatoren an den Verhandlungen nicht teilnehmen dürfen und lehnte die vom Verteidiger Sabert gestellten Anträge, daß der Senat für unzulässig erklärt, ab. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Der Krieg in Südafrika.

Obwohl heute eine ungewöhnliche Fülle von Nachrichten aus Südafrika vorliegt, ist es nicht leicht, sich ein klares Bild von der Lage an der Grenze des Freistaats zu machen, zumal die Karten des englischen Generalstabes die in den Drühtungen enthaltenen Detaillierungen nicht aufweisen. Jedoch ist es klar, daß es durchaus falsch war, von einer Sticht Cronje zu sprechen, wie es die englischen Blätter thaten. Es wird sogar gemeldet, daß seine Nachhut die Offensivenergriffen und Alibi und Drühten angegriffen hat. Schwere Kämpfe haben den Büren jetzt allerdings bevor; zu Kelly Kenn, dem bisher ihre Verfolgung oblag, ist wieder General French geschoben, dessen Heerführer ebenfalls gute Dienste leisten kann. Daß die Büren nichts an ihrer Beweglichkeit einbüßen haben, ergibt sich aus einer Meldung des 'Standards', wonach der Nachtrab der englischen Kavallerie von Büren angegriffen wurde, die von Colesberg herangezogen waren, und denen es auch gelang, den Engländern einen Teil ihrer Wagen abzunehmen. Nach kürzlichen Quellen wäre sogar die ganze englische Nachhut abgetrennt. Wie sehr der Entsch von Kimberley das militärische Selbstbewußtsein der Engländer gehoben hat, ergibt unter Anderem auch die Tatsache, daß General Buller sich wieder rührt und zu ihm gehörige Truppen Dunbarland aus dem Norden nach vordringlich bei Chieveley konzentriert hat. Aufsehen erregt aber auch mit dem Entsch von Kimberley die Meinung der Engländer, imbedeutende Vorgänge zu vergrößern, stark gemacht. Die englischen Berichte sprechen wenigstens schon von einem vollständigen Niedergang von Tagela und von der Abkündigung des General Buller, den Raalraam wieder zu erobern. So schlimm sieht die Dinge für die Büren in Natal nicht, daß Buller bergehen nach den bisherigen Erfahrungen noch einmal wagen sollte. Seine Aufgabe kam in diesem Augenblick nur darin bestanden, die Büren in Natal so zu beschäftigen, daß sie nicht im Stande sind, zu Cronje zu stoßen und den Angriff auf den Freistaat abzuwehren zu lassen.

Parlamentarisches.

Am Reichstage fand gestern 10 Uhr Vormittags in einer vertraulichen Vorbesprechung die Berufe ausgenommen worden, über die sogenannten 'Lorenz' Dinge für die demnachst bevorstehende dritte Sitzung im Zentrum eine Verständigung über die zwischen den verbündeten Regierungen und der Reichstagsmehrheit bestehenden Meinungsverschiedenheiten anzubahnen bzw. herbeizuführen. An dieser Konferenz nahmen zwei zur Vertretung des Regierungsstandpunktes Staatssekretäre im Reichsschulamt Niedersieding, aus dem Reichstage für die Reichsregierung Dr. Esterl, für die deutsche Reichsarmee Dr. Schindemann, für die National-liberalen Dr. Sicker, für das Zentrum Herr Meier.

Weiter den wesentlichen Eisenbahnangelegenheiten hat die Grobdecker Handelskammer dem Abgeordnetenaußen eine Denkschrift überreicht, die mit der Bitte abschließt: das Haus der Abgeordneten möge den Herrn Minister der Reichsangelegenheiten erlauben, ein alsbald eine Vorlage, betreffend die Umwandlung der Bahn Warsburg - Ebern in eine Vollbahn, zu unterbreiten, und die Einführung des Vollbahnbetriebs auf der Strecke Baselwiesen-Abelndorf zu verlangen und, wenn hierzu die Genehmigung des Bundesrats erforderlich sein sollte, ihm eine diesbezügliche Vorlage alsbald zukommen zu lassen.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat am Sonnabend ein Vertreter der Regierung teilgenommen, das gegenwärtig, betreffend die Regelung der Pensionspflicht des Staates für die Bergedienstleistungen, in Vorbereitung ist.

In den nächsten Tagen wird dem Abgeordnetenhaus der Reichstagsbericht der Anlaufkommission für das Jahr 1899 vorgelegt werden. Sicherem Vernehmen nach hat das Anlaufkommission in dem Berichtsbogen einen Auffschuß genommen, der die Fortschritte des vorangehenden Berichtsjahres sehr lebhaft übertrifft.

Personalarbeiten.

Die beiden Söhne des Prinz-Regenten Albert von Braunschweig, Prinzen Friedrich Heinrich und Friedrich Wilhelm von Preußen, hatten sich am Sonnabend nach Warschau begeben, um an einem dort stattfindenden Fest, zu welchem 475 Personen erschienen waren, teil zu nehmen. Die Prinzen sind am Sonntag wieder nach Berlin zurückgekehrt. — Die die Wägen der 'Abg. Sta.' von auswärtiger Seite erreicht, sind die Wägen der Büren und der Verlobung des Prinzen Albrecht von Baden in Baden vortritt auf der Fest gegeben. — Die Reichsminister von Russland und die Großfürstin Olga Alexandrowna haben, wie aus Petersburg berichtet wird, ihren Wohnsitz von Gatchina nach Sankt Petersburg verlegt. — Der Fürst Anton Wladimir zu Berlin, welche gestern in die Residenz zurückkehrten, wurden in ihrem Geburtslande zahlreiche Ehrenbezeugungen entgegengebracht. — Der Kaiserin überbrachte im Laufe des Nachmittags ihren Gläubigerverhältnisse. — Der Berliner Reichsanwalt Dr. Paul Hermann ist als Hilfsrichter in das Ministerium des Innern berufen worden. — Wie aus Posen berichtet wird, ist dort der Oberbürgermeister Kramer Mitglied der dortigen Eisenbahndirektion geworden. Er war bis Ende März 1896 Direktor des früheren Kreisamtes in Stettin. — Oberbürgermeister Rischner hat nach überliefertem Stande seinen Amtsbüro nicht wieder aufgenommen. — Wie der 'Diel. Woch.' meldet, überträgt der deutsche Konsul in Tokio, Baron v. Werder, dem Kontrahenten von Japan am 21. Dezember im Auftrag des Kaisers die Abkündigung des Schwarzen Meer-Vertrages. — Dem Landrat Hieserth von Grimmen, gegen den unter vorläufiger Evidenzierung von Seite der Disziplinierung eingeleitet wurde, ist durch den Kaiser in dem das Wachen entlassen worden. — Der neue Konsul in Sankt Petersburg ist gestern Nachmittag 5 Uhr in sein Amt eingetroffen und auf dem Bahnhof vom Metropolitanamt, dem Oberbürgermeister Becker, als Vertreter der Stadt, dem Spitzen der Behörden und zahlreichen Abordnungen begrüßt worden. In der Stadt, die festlich geschmückt ist, künften die Glöden der Klänge.

Den Reichstag ist eine Adresse zur Kreisordnung für die sechs sächsischen Provinzen zugegangen. Derselbe wird hauptsächlich die Absicht, in dem Reichs Niederbarium und Zellon die durch das Annehmen der Berliner Vorrechte geschaffene Stimmeneinheit der Hausbesitzer auf den Reichstagen wieder zu beseitigen und dem ländlichen Grundbesitz das gleiche größere Vertretung zu sichern. Deshalb wird folgendes vorgeschlagen:

Durch königliche Verordnung kann für einzelne Kreise nach Ausweisung des Provinzialparlaments bestimmt werden, daß von dem nach § 38 der Kreisordnung für die Wahlberechtigung im Wahlbezirk der größeren ländlichen Grundbesitzer nachgehenden Mindestbeiträge an Grund- und Gebäudesteuer wenigstens die Hälfte auf die Grundbesitzer fallen muß. Zugleich kann vorgeschrieben werden, daß diejenigen Landgemeinden der betreffenden Kreise, welche nach der letzten allgemeinen Volkszählung mehr als 6000 Einwohner zählen, als Städte in Sinne der Bestimmungen der Kreisordnung über die Zusammenlegung des Reichstages zu gelten haben. In den als Städte geltenden Landgemeinden sind die Reichstagsabgeordneten und Wahlmänner von der Gemeindeverwaltung zu wählen. Sind bei der Aufstufung der königlichen Verordnung in den betreffenden Kreise eine oder mehrere Landgemeinden, mit mehr als 6000 Einwohnern verbunden, so ist alsbald eine anderweitige Verteilung der Reichstagsabgeordneten auf die einzelnen Wahlbezirke und eine Anweisung sämtlicher Reichstagsabgeordneten vorzunehmen.

Nachdem vorbestimmte die Regelung der Arbeitzeite in Vertretungen auf Grund der Reichsgezegebung verlangt worden ist, wird darauf aufmerksam zu machen sein, daß die Reichsgezegebung auch dann hierfür keine Handhabe böte, wenn es sich wirklich um gesundheitsgefährliche Arbeitzeiten handelte. Die 2. B. N. schreiben:

Die Kreisverwaltung findet nämlich auf das Verlangen von Arbeitnehmern Anwendung der die gesundheitliche Bestimmungen der Reichsgezegebung. Die in Betracht kommende Vorschriften des § 120 Abs. 3 II über auf das Verlangen nicht für anwendbar erklärt werden. Um einigen, mit der Dauer der Arbeitzeit verbundenen Mängeln entgegenzutreten, bieten wir Ihnen die in den einzelnen Bundesländern bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zum überblickenden Einblick. In Thüringen beispielsweise sind die Oberbürgermeister beauftragt, für solche Betriebe, in welchen durch übermäßige Dauer der Arbeitzeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen Arbeitzeit und der zu gewöhnlichen Zeiten vorzugehenden und die für Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen zu



